

Lommatzsch, Kirsten; Antczak, Rafal; Markiewicz, Malgorzata; Pietka, Katarzyna;
Walewski, Mateusz

Article

Polen vor dem Beitritt zur Europäischen Union

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Lommatzsch, Kirsten; Antczak, Rafal; Markiewicz, Malgorzata; Pietka, Katarzyna; Walewski, Mateusz (2004) : Polen vor dem Beitritt zur Europäischen Union, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 71, Iss. 12, pp. 139-144

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151286>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Polen vor dem Beitritt zur Europäischen Union

Kirsten Lommatzsch
klommatzsch@diw.de

Rafał Antczak*
rafal.antczak@case.com.pl

Małgorzata Markiewicz*
malgorzata.markiewicz@case.com.pl

Katarzyna Pietka*
katarzyna.pietka@case.com.pl

Mateusz Walewski*
mateusz.walewski@case.com.pl

Polen wird am 1. Mai 2004 der Europäischen Union (EU) beitreten. An die Mitgliedschaft in der EU knüpft sich die Erwartung, dass dadurch das Wachstum und somit eine Konvergenz im Lebensstandard gefördert werden. Mit einer Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,7% im Jahre 2003 konnte Polen nach zwei Jahren weitgehender Stagnation wieder eine spürbare wirtschaftliche Erholung verzeichnen. Der vorliegende Bericht, der in Kooperation mit dem Zentrum für gesellschaftliche und wirtschaftliche Analysen (CASE) in Warschau entstanden ist, enthält einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Lage, eine Prognose der Entwicklung für dieses und das kommende Jahr sowie einen Ausblick auf die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung Polens hinsichtlich der Teilnahme an der Währungsunion, die insbesondere in der sich merklich verschlechternden Lage der öffentlichen Haushalte begründet sind.¹

Kräftige Erholung im Jahre 2003

Im Jahre 2003 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) Polens um 3,7%; im vierten Quartal lag die Wirtschaftsleistung sogar um 4,7% über dem Vorjahresniveau. Nach zwei Jahren wirtschaftlicher Stagnation war dies eine kräftige Erholung (Abbildung 1). Polen hatte schon in den 90er Jahren ein teilweise hohes Wachstum; der Rückstand beim Einkommen je Einwohner gegenüber der EU und Deutschland konnte damit verringert werden. In den Jahren 2001 und 2002 schwächte sich das Wirtschaftswachstum jedoch erheblich ab, vor allem infolge einer stark restriktiv ausgerichteten Geldpolitik angesichts hoher außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte.

Der geldpolitische Kurs wurde inzwischen gelockert. Von Januar 2003 bis Januar 2004 hat der Zloty gegenüber dem Euro nominal um 16% abgewertet, wobei die Preisentwicklung in Polen und in Deutschland sehr ähnlich verlief. Für die starke Abwertung des Zloty gibt es mehrere Ursachen. So sind die Realzinsen seit ihrem Höchststand zu Beginn 2001 (12,4%) deutlich gesunken, bis Dezember 2003 auf 3,6% (Refinanzierungsrate der Zentralbank). Zudem bewirkte die Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro auch eine Abwertung des Zloty gegenüber dem Euro, da ein Großteil der Finanztransaktionen in US-Dollar abgewickelt wird. Darüber hinaus dürfte bei der Abwertung der Währung auch die unsichere fiskalische Zukunft eine Rolle gespielt haben. Seit Mitte des vergangenen Jahres versucht die Regierung ein Konsolidierungsprogramm durchzusetzen, bislang jedoch ohne Erfolg.

* Center for Social and Economic Research Foundation (CASE), Warschau.

¹ Die Prognose in diesem Bericht basiert auf CASE: Polish Economic Outlook 2004/1. Warschau 2004.

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 12/2004

71. Jahrgang / 18. März 2004

Inhalt

Polen vor dem Beitritt zur Europäischen Union Seite **139**

Zahlenbeilage

Unkorrigiert!

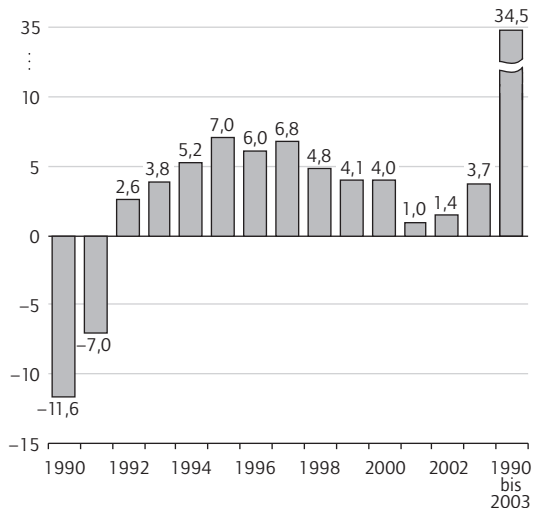
Sendesperrfrist:
Mittwoch, 17. März 2004, 17 Uhr!

A 22127 C

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt in Polen 1990 bis 2003

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Amt (GUS).

DIW Berlin 2004

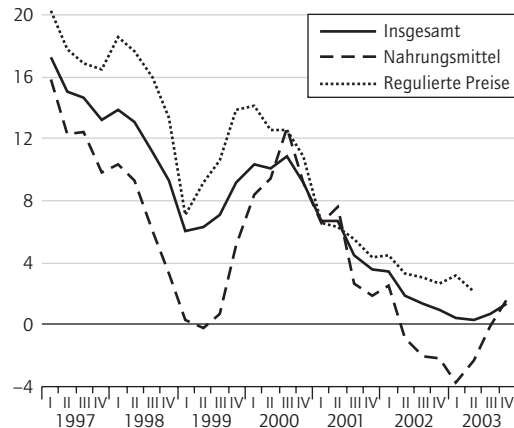
Die Erholung im Jahre 2003 ist vor allem auf die kräftige Ausweitung der Exporte und den weiterhin starken privaten Verbrauch zurückzuführen. So trugen der private Verbrauch 2 Prozentpunkte und der Außenbeitrag 1,3 Prozentpunkte zum Wachstum bei. In Zloty gemessen lagen die Exporte in der Zeit von Januar bis November 2003 um 21,6 % über dem entsprechenden Wert vom Vorjahr; in Euro gerechnet betrug der Zuwachs immerhin noch 6,8 %. Ein nahezu ebenso hoher Zuwachs wurde bei den Exporten nach Deutschland verzeichnet, wohin ein Drittel der polnischen Exporte geht.

Der weiterhin robust zunehmende private Verbrauch gründet sich vor allem auf die kräftige Expansion der Selbständigeneinkommen. Selbständige machen mehr als 30 % der Beschäftigung aus.² Schätzungen zufolge sind die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, aus Vermögen und aus Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft im Jahre 2003 real um mehr als 7 % gestiegen. Die Arbeitslosenquote ist im Verlauf des vergangenen Jahres nur leicht zurückgegangen, von 19,7 % im Dezember 2002 auf 19,1 % im November 2003.³ Die Reallöhne stagnierten, und die Lohnsumme nahm aufgrund der rückläufigen Zahl abhängig Beschäftigter im Jahresdurchschnitt sogar ab. Der Zuwachs der nominalen verfügbaren Einkommen betrug schätzungsweise 4,7 %; die sozialen Transfers (einschließlich Renten) nahmen in etwa gleichem Tempo zu (4,4 %). Die Sparquote der privaten Haushalte erhöhte sich leicht gegenüber 2002.

Abbildung 2

Verbraucherpreisindex in Polen 1997 bis 2003 nach ausgewählten Komponenten

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quellen: Eurostat; Narodowy Bank Polski (NBP).

DIW Berlin 2004

Die Anlageinvestitionen insgesamt stabilisierten sich im Verlauf des Jahres 2003. Nach Rückgängen in den zwei Jahren davor um 8 % bzw. 6 % verringerten sie sich im vergangenen Jahr nur noch um 1 %.⁴ Allerdings gibt es hier einen erheblichen Unterschied zwischen dem privaten und dem staatlichen Sektor. So war die Investitionstätigkeit im staatlichen Sektor⁵ stark rückläufig (nominal -12 % in den ersten drei Quartalen), während im privaten Sektor ein Zuwachs von fast 10 % zu verzeichnen war. Dies war vor allem bei jenen Unternehmen der Fall, die hohe Exporteinnahmen hatten.

Die Inflationsrate liegt seit Mitte 2002 unter dem Durchschnitt der EU; im Jahre 2003 stiegen die Preise nur um 0,8 %. Die wirtschaftliche Stagnation trug zur schnellen Disinflation bei; einen nicht unerheblichen Beitrag zur niedrigen Inflationsrate leisteten auch die rückläufigen Lebensmittelpreise, die im polnischen Verbraucherpreisindex ein Gewicht von über 30 % haben (Abbildung 2). Auch die jüngste Beschleunigung des Preisanstiegs geht zu einem wesentlichen Teil auf die Entwicklung der Lebensmittelpreise zurück.

² Die Selbständigenquote ist in allen Wirtschaftszweigen höher als in Deutschland; in der Landwirtschaft ist sie mit 95 % besonders hoch.

³ Standardisierte Arbeitslosenquote, saisonbereinigt.

⁴ Aufgrund der kurzen Zeitreihen in der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden bislang von offizieller Seite keine saisonbereinigten Zahlen veröffentlicht; somit kann die Dynamik innerhalb des Jahres nur schwer beurteilt werden.

⁵ Hierzu werden nicht nur die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, sondern auch die Investitionen der staatseigenen Unternehmen (z. B. Stahlwerke und Kohlegruben) gezählt.

Moderater Aufschwung in diesem und dem kommenden Jahr

Für die Jahre 2004 und 2005 ist ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 4,2 % bzw. 3,8 % zu erwarten (Tabelle 1). Motor der Expansion bleiben die Exporte und der private Verbrauch. Die realen verfügbaren Einkommen werden um 3,2 % bzw. 4,3 % steigen. Neben den Einkommen aus selbständiger Tätigkeit wird auch die Lohnsumme wieder zunehmen. So werden die nominalen Löhne in beiden Jahren kräftig steigen (um jeweils gut 6 %); hinzu kommt, dass die Zahl der abhängig Beschäftigten wieder ausgeweitet werden dürfte. Die Arbeitslosenquote wird leicht sinken. Einkommen aus EU-Transfers (sowohl durch neue Verwaltungskapazitäten als auch Transfers an Bauern) werden den privaten Konsum zusätzlich stimulieren.

Auch die Exporte werden weiter dynamisch expandieren. Zum einen wird sich die weltwirtschaftliche Erholung günstig auswirken. Zum anderen wird der schwache Wechselkurs die Exporte fördern; die Währung dürfte angesichts der weiterhin unsicheren fiskalischen Perspektiven nochmals abwerten. Der Trend in der Entwicklung des Wechselkurses wird sich erst im Laufe des Jahres 2005 umkehren. Die Importe werden über die gesamte Periode weniger steigen als die Exporte; ursächlich dafür ist neben dem Wechselkurs auch das insgesamt nur moderate Wachstum der Anlageinvestitionen.

Die privaten Investitionen werden mit der sich verbessernden Finanzlage der Unternehmen und der kräftigen Nachfrage aus dem In- wie dem Ausland beschleunigt steigen. Die jüngsten geldpolitischen Maßnahmen – die Verringerung des Mindestreservesatzes und die Lockerung der restriktiven Risikovorsorgevorschriften auf EU-Standards – sollten eine aktivere Kreditpolitik der Geschäftsbanken ermöglichen. Unter der Annahme, dass Polen wenigstens 35 % der von der EU bereitgestellten Transfers abschöpfen kann, können zusätzlich Investitionen in Höhe von 5 % der im vergangenen Jahr realisierten Investitionssumme getätigt werden. Allerdings wird der schwache Zloty dämpfend auf die Investitionstätigkeit wirken. Da mehr als ein Drittel der Unternehmensschulden auf jene in ausländischer Währung entfällt, erhöhen sich die Kosten der internationalen Verschuldung. Zudem können sich auch die unsichere Lage der öffentlichen Finanzen und der hohe Finanzierungsbedarf des Staates bei einem Anstieg der Zinsen negativ auswirken. Die Investitionen insgesamt dürften daher in diesem und im kommenden Jahr trotz des Aufschwungs nur um 6 % bzw. 5 % expandieren.

Tabelle 1

Prognose ausgewählter wirtschaftlicher Indikatoren für Polen Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2002	2003	2004	2005
Bruttoinlandsprodukt, real	1,4	3,7	4,2	3,8
Binnennachfrage	0,9	2,3	3,5	3,9
Privater Konsum	3,3	3,1	3,5	4,1
Anlageinvestitionen	-5,8	-0,9	6,2	5,1
Arbeitslosenquote (in %)	19,8	20,0	19,4	18,9
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex)	1,9	0,8	2,5	2,3
Staatshaushaltsdefizit (in % des nominalen BIP)	-6,0	-4,6	-6,5	.

Quelle: Center for Social and Economic Research Foundation (CASE).

DIW Berlin 2004

Das größte Risiko für die künftige Entwicklung stellen die öffentlichen Finanzen dar. Es gibt Anzeichen dafür, dass das Haushaltsdefizit im Jahre 2003 mit 4,6 % des BIP etwas niedriger ausgefallen ist als im Jahr zuvor. Die Konsolidierungsanstrengungen müssen in den kommenden Jahren verstärkt werden, zum einen deshalb, weil Polen mit dem Beitritt zur Europäischen Union auch die Voraussetzungen für den Beitritt zur Währungsunion schaffen und daher die im Maastricht-Vertrag festgelegte Defizitobergrenze von 3 % einhalten muss. Zum anderen ergibt sich aus der Verfassung die Notwendigkeit, die Staatsschuld auf 60 % des BIP zu begrenzen. In diesem Jahr wird die öffentliche Schuld – legt man den derzeitigen Stand der Haushaltsplanung zugrunde – die Marke von 55 % des BIP erreichen. Entsprechend dem Gesetz über die öffentlichen Finanzen ist die Regierung beim Erreichen eines Schuldenstandes von 60 % des BIP verpflichtet, innerhalb der folgenden zwei Jahre die Haushalte der zentralen Regierung und der lokalen Gebietskörperschaften auszugleichen.

Die hohe Dynamik bei der Defizitentwicklung ist zum Teil strukturell bedingt, wobei vor allem drei Punkte zu nennen sind: das schnelle Wachstum gesetzlich festgelegter Ausgaben (d. h. Schuldenbedienungen, Transfers an Gebietskörperschaften und Sozialleistungen), die Kosten der implementierten Strukturreformen sowie der Beitritt zur EU. Der Anteil der gesetzlich festgelegten Ausgaben an den gesamten Ausgaben ist in den vergangenen Jahren permanent gestiegen (von 46 % im Jahre 1998 auf ungefähr 70 % im Jahre 2003). Die Hälfte der restlichen Ausgaben sind Löhne der beim Staat Beschäftigten; diese haben auch in den vergangenen Jahren trotz der wirtschaftlichen Abschwächung real zugenommen. Zudem wird der Staatshaushalt durch die Kosten der in den vergangenen Jahren vorgenommenen Strukturreformen (Rentenreform, Reform des Gesundheitswesens, Verwaltungs- und Bildungsreformen) belastet. Durch die Einführung eines kapitalgedeckten Pfeilers im Rentensystem sind im derzeitigen umlagefinan-

zierten Rentensystem zunächst vor allem Einnahmeausfälle zu registrieren. Belastungen entstehen nicht zuletzt durch die nur langsam voranschreitenden Reformen im Agrarsektor und im weiterhin staatlich dominierten Bergbausektor. Auch die Transfers nach dem EU-Beitritt werden den Staatshaushalt nicht entlasten. Polen wird zwar unter dem Strich ein Nettoempfänger in der EU sein, doch wird der Staatshaushalt davon nicht profitieren, da dieser Kofinanzierungen tragen muss.

Die Notwendigkeit einer Verringerung der gesetzlichen Ausgaben veranlasste die Regierung im vergangenen Jahr, ein Programm der Ausgabenreduzierung auszuarbeiten (so genannter Hausner-Plan⁶). Allerdings konnte darüber keine Einigung erzielt werden; am 27. Februar 2004 hat die Regierung eine veränderte Fassung des Programms vorgelegt. Nach dieser wird es im Jahre 2004 zu keiner substantiellen Reduktion der Ausgaben kommen; in den Jahren 2005 bis 2007 sollen jedoch erhebliche Kürzungen vorgenommen werden.⁷ Diese Situation führte zu einer steigenden Unsicherheit über die fiskalische Perspektive. Dies gilt vor allem für den Haushaltsplan 2004; auch wegen der unzureichenden Kontrolle über nicht direkt dem Haushalt unterstellte öffentliche Ausgaben wie im Gesundheitswesen ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, dass die Staatsschuld zum Jahresende auf 55 % des BIP steigt.

Die Entwicklung des Wechselkurses ist ein weiterer Unsicherheitsfaktor. Auch ohne weitere Auslandsverschuldung bedeutet die Abwertung des Zloty eine steigende Staatsschuld; neue Verschul-

dungen im Ausland werden die Risiken zusätzlich erhöhen. Der Finanzierungsbedarf des Staates kann somit einerseits einen Anstieg der Zinsen nach sich ziehen; andererseits stellt die Gefahr des Erreichens der Obergrenze von 60 % eine ständige Quelle der Unsicherheit dar. Als Risiko bleibt somit, dass Polen in den kommenden Jahren in eine haushaltspolitische Krise gerät, die erhebliche Wachstumseinbußen mit sich bringen kann. Auch im Fall der Umsetzung des Konsolidierungsprogramms wird das Wachstum im Jahre 2005 aufgrund der restriktiv ausgerichteten Fiskalpolitik aber niedriger ausfallen als in diesem Jahr.

Polen auf dem Weg in die Währungsunion

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union impliziert, dass Polen zu einem späteren Zeitpunkt die gemeinsame europäische Währung einführen muss. Auch wenn die neuen Mitgliedsländer nicht die Möglichkeit haben, die Einführung des Euro gänzlich abzulehnen – wie Dänemark oder Großbritannien –, hängt das konkrete Datum der Einführung des Euro von verschiedenen Bedingungen ab. Dazu gehören vor allem die im Maastricht-Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien, die Polen derzeit nicht alle erfüllt (Tabelle 2 und Abbildung 3).

⁶ Programm zur Anpassung und Begrenzung öffentlicher Ausgaben, Warschau, Oktober 2003.

⁷ Diese sollen im Jahre 2004 in einer Größenordnung von rund 5 % der geplanten Einnahmen und rund 4 % der geplanten Ausgaben liegen.

Tabelle 2

Maastricht-Kriterien: Situation Polens im Vergleich zur Europäischen Union

	Inflationsrate Veränderung zum Vorjahr in %		Langfristige Zinsen in % (Staatspapiere, 10 Jahre)		Schuldenstand in % des BIP ^{1,2}		Haushaltsdefizit in % des BIP	
	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003
Polen	1,9	0,8	7,3	5,8	47,4	50,5	-6,0	-4,6
EU-15	2,1	2,0	4,9	4,2	62,5	64,1	-1,9	-2,7

Die Maastricht-Kriterien sind:

- Die Inflationsrate darf diejenige der drei Länder mit der niedrigsten Rate innerhalb der EU um maximal 1,5 Prozentpunkte übersteigen.
- Die langfristigen Zinsen dürfen diejenigen der drei Länder mit der niedrigsten Rate um maximal 2 Prozentpunkte übersteigen.
- Das laufende Haushaltsdefizit darf 3 % des BIP nicht überschreiten; die gesamte Staatsschuld muss unter 60 % liegen.
- Der Wechselkurs muss für mindestens zwei Jahre im Rahmen des Wechselkursmechanismus WKM-II an den Euro gebunden sein; die maximale Schwankungsbreite beträgt +/-15 %. In diesen zwei Jahren darf der Wechselkurs keinem Druck ausgesetzt sein, der starke Zentralbankinterventionen oder eine Abwertung der Währung (Veränderung der zentralen Parität) erfordert hätte.

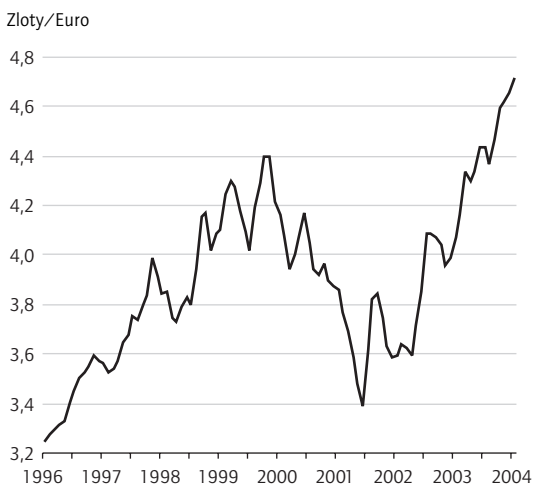
¹ Wert für 2003: Schätzung.

² Der Schuldenstand der polnischen öffentlichen Haushalte ist auf der Grundlage des polnischen Gesetzes über öffentliche Finanzen berechnet.

Bei Anwendung des europäischen Standards ESA 95 würden die Zahlen um bis zu 5 Prozentpunkte niedriger ausfallen.

Abbildung 3

Wechselkurs zwischen Zloty und Euro
Januar 1996 bis Januar 2004



Quelle: Eurostat.

DIW Berlin 2004

In der Phase der Vorbereitung auf die Währungsunion und bei der Entscheidung über den Beitrittszeitpunkt steht Polen vor ähnlichen Fragen wie die heutigen Mitgliedsländer vor der Gründung der Währungsunion. Die Mitgliedschaft in einer Währungsunion kann mit Nutzen und Kosten verbunden sein. Der Nutzen der Währungsunion besteht für Polen vor allem in einem niedrigeren Zinssatz, einer geringeren Risikoprämie und einem einfacheren Zugang zur Finanzierung von Investitionen.⁸ Zudem werden von den niedrigeren Transaktionskosten und einer höheren Preistransparenz positive Effekte auf das Wirtschaftswachstum ausgehen.

Die Kosten der Teilnahme an der Währungsunion werden vor allem am Aufgeben der unabhängigen Geldpolitik festgemacht. Bislang verfolgt die polnische Zentralbank Narodowy Bank Polski (NBP) geldpolitische Ziele im Rahmen des Inflation Targeting; in die Entwicklung des Wechselkurses greift die Zentralbank nicht ein. Die Mitgliedschaft in der Währungsunion (EWU) ebenso wie die Festlegung des Wechselkurses im Wechselkursmechanismus II (WKM-II) werden zu erheblichen Änderungen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen führen – letztlich zur Aufgabe der unabhängigen Geldpolitik. Seit der Freigabe des Wechselkurses im Mai 2000 hat der Wechselkurs des Zloty zum Euro stark geschwankt. Dies könnte darauf deuten, dass der Wechselkurs ein wichtiges Instrument zur Abfederung exogener Schocks darstellt. Eine Veränderung des Wechselkurses könnte erforderliche Anpassungen der relativen Preise gegenüber dem Ausland schneller herbeiführen,

als es andere wirtschaftspolitische Bereiche – vor allem die Lohn- und die Fiskalpolitik – könnten. Ob ein Land asymmetrischen Schocks ausgesetzt sein kann oder nicht, wird – in Anlehnung an Kriterien optimaler Währungsräume – meist anhand der Bedeutung des Außenhandels für das Wirtschaftswachstum oder des Anteils des Handels mit Mitgliedsländern der Währungsunion am gesamten Außenhandel beurteilt. Der Anteil des Außenhandels (Summe aus Exporten und Importen) am BIP betrug im Jahre 2002 rund 63 %. Damit ist Polen eine geringfügig weniger offene Ökonomie als Deutschland. Andererseits sind aber 70 % aller Exporte in die EU gerichtet und weitere 10 % in die im Mai beitretenden Länder; dies übersteigt den Vergleichswert der EU-15. Ebenso verringert die zunehmende Bedeutung des intra-industriellen Handels die Wahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks, so dass die Bedeutung von Wechselkursschwankungen im Zuge der Konvergenz immer mehr abnimmt.

Starke Wechselkursschwankungen können allerdings selbst ein Problem darstellen, wenn die Schwankungen durch andere als realwirtschaftliche Faktoren ausgelöst werden. Die effiziente Transmission von Preissignalen kann somit behindert werden. So war die starke Aufwertung des Zloty im Jahre 2001 vor allem durch die Disinflationpolitik der NBP ausgelöst, d. h. eine vorübergehende starke monetäre Restriktion, deren Ziel die Anpassung der polnischen Wirtschaft an ein Umfeld mit niedrigen Inflationsraten war. Die starke Abwertung des Zloty seit Mitte des vergangenen Jahres wiederum kann zum Teil auf die Unsicherheit bezüglich der Entwicklung der Fiskalpolitik und somit des Finanzmarktes zurückgeführt werden.

Die Prüfung der nominalen Konvergenz im Vorlauf zur Teilnahme an der Währungsunion hat u. a. zum Ziel zu prüfen, ob für das gegebene Land die Festlegung des Wechselkurses mit Kosten in Form von Wachstums- und Beschäftigungseinbußen verbunden ist oder nicht. Ein hohes und über mehrere Jahre bestehendes fiskalisches Defizit gilt als Zeichen für Ungleichgewichte, die eine Änderung des realen Wechselkurses erfordern könnten. Ebenso geben Inflationsraten deutlich über denen in anderen Ländern der Währungsunion Hinweise darauf, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert. Dies könnte durch eine Anpassung des nominalen Wechselkurses leichter zu korrigie-

⁸ Eine ausführliche Diskussion der Nutzen und Kosten der Teilnahme an der Währungsunion wurde kürzlich von der polnischen Zentralbank NBP veröffentlicht. Vgl. NBP: Raport na temat korzyści i kosztów przystąpienia Polski do strefy euro. Warschau 2004. Eine Zusammenfassung ist auch in englischer Sprache erschienen: A Report on the Costs and Benefits of Poland's Adoption of the Euro (www.nbp.pl).

ren sein als durch eine Dämpfung der Preisentwicklung unter das durchschnittliche Niveau in der Währungsunion. Der Preis besteht in höheren Zinsen, die die binnenwirtschaftliche Dynamik bremsen.

Die vorliegende Prognose signalisiert einen Anstieg der Inflationsrate in diesem Jahr. Gründe dafür sind die Anhebung einer Reihe von indirekten Steuern, die Abwertung des Zloty und das Anziehen der Konjunktur. Diese Faktoren allein sollten jedoch nicht dazu führen, dass das seit 2004 geltende Inflationsziel der NBP von 2,5% (+/-1%) verletzt wird. Es ist jedoch fraglich, ob dieses Inflationsziel die beste Wahl für die Vorbereitung auf die EWU ist oder ob die Wahl des EZB-Ziels von 2% nicht ein angemesseneres Ziel darstellen würde. Mit der Wahl von 2% hätte die NBP dem Ziel einer schnellen Einführung des Euro mehr Glaubwürdigkeit verleihen können. Dies würde auch die Wahrscheinlichkeit verringern, dass in den kommenden Jahren wieder eine monetäre Restriktion notwendig wäre, um die Maastricht-Kriterien zu erreichen. Zudem würde diese Wahl die Glaubwürdigkeit des Wechselkurszieles stärken, da eine stetige reale Aufwertung bei festem

Wechselkurs die Gefahr des Verlustes an Wettbewerbsfähigkeit erhöht.

Fazit

Polens Wirtschaft wächst seit Anfang 2003 wieder stärker. Dies beruht zu einem großen Teil auf der schwachen Währung, die die ausländische Nachfrage stimuliert. Auch der private Konsum nimmt weiter kräftig zu. Allerdings entwickeln sich die Investitionen, die die Grundlage für das aufholende Wachstum bilden, gesamtwirtschaftlich nur verhalten. Den größten Unsicherheitsfaktor für die künftige Entwicklung stellt gegenwärtig die Fiskalpolitik dar. So droht einerseits bei Fortführung des derzeitigen Ausgabenpfades die Überschreitung der in der Verfassung festgesetzten Obergrenze der Staatsschuld von 60% des Bruttoinlandsprodukts; andererseits wird von der Umsetzung des Konsolidierungsprogramms über mehrere Jahre eine dämpfende Wirkung auf das Wachstum ausgehen. Aber auch unter diesen Bedingungen wird die Gesamtwirtschaft in diesem und im nächsten Jahr mit Raten von etwa 4% expandieren.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Johannes Schwarze and Marco Härpfer

Are People Inequality Averse, and Do They Prefer Redistribution by the State? Evidence from German Longitudinal Data on Life Satisfaction

We link life-satisfaction data to inequality of the pre- and post-government income distribution at the regional level, to estimate the degree of inequality aversion. Three different inequality measures are used. In addition, we investigate whether a reduction in inequality by the state increases individual well-being. We find only weak evidence that Germans are inequality averse. Inequality reduction by the state does not increase well being. On the contrary, inequality reduction imposes an excess burden on middle-income earners. The paper uses data from the German Socio-economic Panel Study (GSOEP) from 1985 to 1998.

Discussion Paper No. 407

März 2004

Rainald Borck and Michael Pflüger

Agglomeration and Tax Competition

Tax competition for a mobile factor is different in "new economic geography settings" compared to standard tax competition models. The agglomeration rent which accrues to the mobile factor in the core region can be taxed. Moreover, a tax differential between the core and the periphery can be maintained. The present paper reexamines this issue in a setting which, in addition to the core-periphery equilibria, exhibits stable equilibria with partial agglomeration. We show that a tax differential may arise as an equilibrium of the tax game even when there is only partial agglomeration and the mobile factor does not derive an agglomeration rent.

Discussion Paper No. 408

März 2004

Pio Baake, Rainald Borck and Andreas Löffler

Complexity and Progressivity in Income Tax Design: Deductions for Work-Related Expenses

We analyze optimal income taxes with deductions for work-related or consumptive goods. We consider two cases. In the first case (called a complex tax system) the tax authorities can exactly distinguish between consumptive and work-related expenditures. In the second case (called a simple tax system) this distinction is not exact. Assuming additively separable utility functions, we show that work-related expenditures should be fully deductible in the first case while deduction rates should be less than 100 percent in the second case. Under further simplifying assumptions, we also show that the simple system can be characterized by higher tax burdens on low income earners and less redistribution.

Discussion Paper No. 409

März 2004

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/publikationen/diskussionspapiere).

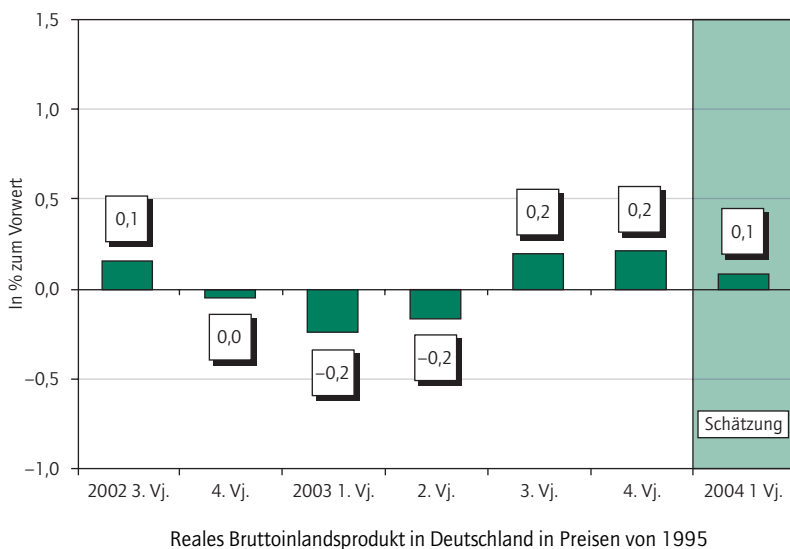
Das DIW-Konjunkturbarometer

Stand: 10. März 2004

Deutsche Wirtschaft stottert ins neue Jahr

Die jüngsten Daten zu Produktion und Auftragseingang (Januar 2004) signalisieren einen schwachen Start in das Jahr 2004. Vor allem die Bauproduktion belastete mit einem Minus von gut 7 % die Entwicklung im produzierenden Gewerbe. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sanken um 3 %, und auch die Auftragseingänge aus dem Inland waren rückläufig. Die Umsätze im Einzelhandel lagen dagegen leicht im Plus. Insgesamt deuten die Indikatoren aber auf keine fundierte Beschleunigung hin. Nur stotternd löst sich die deutsche Wirtschaft aus der Stagnation; trotz Aufwertung des Euro wird sie im Wesentlichen von außenwirtschaftlichen Impulsen getragen. Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahresanfangsquartal zeichnet sich damit nur eine geringe Zunahme ab (+0,1 % gegenüber dem Vorquartal). Gegenüber dem im Februar geschätzten Ergebnis für das erste Quartal (+0,4 %) gab es somit einen deutlichen Rückschlag. Die Konjunktur scheint nicht am Beginn einer spürbaren Erholung zu stehen, zumal auch die Impulse aus der Steuerreform keine Durchschlagskraft haben.

Das DIW-Konjunkturbarometer



DIW Berlin 2004

Das DIW Berlin präsentiert monatlich das DIW-Konjunkturbarometer als einen Indikator für die aktuelle Konjunkturtenenz in Deutschland. Es zeigt die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das abgelaufene bzw. laufende Quartal und stellt damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dar. Die Berechnung des DIW-Konjunkturbarometers basiert auf monatlichen Indikatoren, die – abhängig vom Zeitpunkt der Berechnungen – mehr oder weniger Schätzelemente enthält. Dem hier vorgestellten Konjunkturbarometer liegen für die Mehrzahl der verwendeten Indikatoren offizielle Werte des Statistischen Bundesamtes zugrunde.

Das DIW-Konjunkturbarometer wird regelmäßig auch auf der Homepage des DIW Berlin veröffentlicht (www.diw.de/konjunkturbarometer).

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 120,-
Einzelheft Euro 11,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Abteilung
Information und Organisation zulässig.

Deutschland Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹

	Arbeitslose	Offene Stellen	Verarbeitendes Gewerbe						Auftragsseingang (Volumen) ²																							
			Insgesamt		Inland		Ausland		Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten																	
			mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.														
	in 1 000																															
	2000 = 100																															
2002	J	3 969	471	473	95,9	93,9	93,5	98,3	94,1	96,8	93,8	100,2	3 962	3 964	474	473	95,1	96,6	92,0	93,5	99,0	100,5	95,3	94,6	94,6	94,9	100,2	98,0	100,6			
	F	3 961	474	472	98,8	94,5	104,2	97,5	95,3	99,4	96,3	103,5	M	3 973	472	469	99,0	97,5	92,6	93,3	100,8	102,6	95,9	96,4	96,4	93,9	98,8	98,5	98,8			
	A	4 028	468	462	97,2	94,1	101,0	97,1	96,8	97,3	97,9	98,1	M	4 078	449	445	97,2	97,5	94,1	93,3	106,1	102,6	97,1	96,6	100,9	98,2	96,1	96,0	98,9	98,6		
	J	4 094	442	442	97,6	93,9	102,2	96,8	96,8	98,6	91,0	99,3	J	4 109	4102	445	97,7	97,7	93,5	93,7	102,2	102,8	96,3	97,0	99,2	98,8	91,7	91,4	99,3	99,1		
	A	4 126	429	420	98,0	93,6	103,5	97,7	97,7	98,5	91,5	100,4	S	4 157	420	416	98,0	97,1	93,6	93,2	103,2	104,3	97,6	96,9	99,2	97,6	91,0	90,5	98,3	98,3		
	O	4 200	411	416	98,3	93,4	104,3	97,6	97,6	99,2	91,0	100,0	N	4 240	403	403	95,0	97,1	92,3	93,2	98,2	101,9	95,9	94,3	94,3	90,1	90,1	100,0	98,4	97,0		
	D	4 300	396	387	97,8	93,1	103,6	97,2	97,2	98,8	90,3	98,4	J	4 353	381	387	98,2	96,6	94,8	92,8	102,4	101,4	96,5	96,0	100,3	97,8	88,2	88,0	99,4	97,0		
	F	4 395	366	356	93,9	90,6	98,1	94,4	94,4	94,4	85,5	93,1	M	4 425	356	352	97,9	93,8	93,8	92,9	103,2	99,9	97,0	99,6	99,6	87,6	87,6	98,5	98,5			
	A	4 412	347	340	93,5	92,5	94,7	94,4	94,4	95,7	83,9	84,2	M	4 383	340	344	96,5	92,3	92,8	92,9	101,9	99,9	95,6	98,7	98,7	81,1	81,1	97,1	97,2			
	J	4 409	339	341	97,0	92,8	102,4	97,2	97,2	97,8	89,8	95,9	J	4 400	339	339	96,7	97,4	92,8	92,8	102,2	103,3	97,2	97,6	97,4	97,4	85,1	87,4	97,4	96,0		
	A	4 401	337	337	98,6	95,0	104,8	98,4	98,4	100,3	87,5	94,7	S	4 389	337	337	99,5	95,0	95,0	92,8	104,8	105,4	100,0	100,4	100,4	88,5	88,5	98,5	98,5			
	O	4 367	337	336	99,6	95,7	104,7	101,1	101,1	100,6	87,1	87,9	N	4 341	331	331	100,9	93,9	94,8	94,8	109,8	106,6	100,8	100,2	101,1	101,1	87,1	87,1	96,4	97,9		
	D	4 292	319	306	99,0	93,9	105,5	101,0	101,0	99,5	86,0	88,8	J	4 286	306	306	99,0	93,9	93,9	92,8	105,5	101,0	101,0	101,0	99,5	99,5	86,0	86,0	94,1	94,1		
	F	4 286	306	306	99,0	93,9	105,5	101,0	101,0	99,5	86,0	88,8																				

1 Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BY4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davon liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

2 Außerdem arbeitsstättiglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

Deutschland

noch: **Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹**

	Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe in 1 000		Produktion ²										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²			
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe						Ausfuhr	Einfuhr
			mtl.	vi.	mtl.	vi.	mtl.	vi.	mtl.	vi.	mtl.	vi.						
2000 = 100																		
2002	J	6 290	98,5	100,2	95,3	98,7	98,5	99,5	91,3	99,9	52,5	41,8	53,3	161,3	43,0	128,9		
	F	6 272	97,9	98,4	100,0	94,2	98,5	99,5	93,9	100,3	53,3	43,0	53,3	161,3	43,0	128,9		
	M	6 255	100,6	101,5	94,3	101,2	93,8	101,0	93,8	101,0	55,5	44,1	55,5	161,3	43,0	128,9		
	A	6 240	97,5	100,0	91,5	95,8	95,8	90,3	90,3	100,2	53,2	42,5	53,2	161,3	43,0	128,9		
	M	6 225	98,4	99,5	89,6	98,7	97,4	88,3	88,3	99,5	53,2	42,4	53,2	161,5	42,4	128,9		
	J	6 211	99,7	103,0	93,9	97,6	97,6	88,3	88,3	100,0	55,1	43,9	55,1	161,5	42,4	128,9		
	J	6 199	99,4	101,4	91,5	97,4	97,4	87,7	87,7	101,3	53,7	42,8	53,7	164,3	44,3	131,3		
	A	6 186	99,9	102,1	90,9	97,5	97,5	87,3	87,3	101,3	55,0	44,3	55,0	164,3	44,3	131,3		
	S	6 178	100,1	101,9	91,6	98,5	98,5	87,5	87,5	100,1	55,6	44,2	55,6	166,4	43,8	132,4		
	O	6 169	99,3	101,3	90,5	97,8	97,8	85,8	85,8	100,9	55,3	44,1	55,3	166,4	43,8	132,4		
	N	6 156	100,1	102,2	90,3	99,0	99,0	86,6	86,6	100,1	56,4	44,5	56,4	166,4	43,8	132,4		
	D	6 146	99,2	101,1	88,5	97,5	97,5	83,4	83,4	99,7	54,8	44,5	54,8	166,4	43,8	132,4		
2003	J	6 191	99,6	101,9	88,1	97,5	97,5	85,9	85,9	100,8	55,4	45,8	55,4	163,8	44,6	134,7		
	F	6 180	100,0	103,7	89,2	97,2	96,5	80,7	80,7	101,1	55,1	44,6	55,1	163,8	44,6	134,7		
	M	6 172	97,2	99,9	85,8	94,6	93,8	83,8	83,8	99,0	53,3	44,4	53,3	164,7	45,3	133,2		
	A	6 162	100,7	102,2	88,4	100,1	96,5	87,0	87,0	101,7	54,9	44,4	54,9	164,7	45,3	133,2		
	M	6 153	99,2	102,1	87,6	97,7	98,1	85,3	85,3	100,5	55,8	45,3	55,8	164,7	45,3	133,2		
	J	6 141	97,7	98,1	81,9	97,7	97,7	86,0	86,0	99,7	54,0	43,5	54,0	166,7	43,6	131,5		
	J	6 128	100,0	102,7	89,2	98,3	98,3	86,9	86,9	99,9	55,7	44,2	55,7	166,7	43,6	131,5		
	A	6 117	97,8	99,4	82,7	97,6	97,3	83,5	83,5	97,1	54,8	43,6	54,8	166,7	43,6	131,5		
	S	6 113	98,3	100,9	83,9	96,0	97,3	84,5	84,5	100,7	56,2	43,7	56,2	168,4	45,9	134,7		
	O	6 103	100,7	103,7	85,0	97,5	97,5	83,8	83,8	100,4	55,0	44,2	55,0	168,4	45,9	134,7		
	N	6 097	101,2	105,2	84,6	96,8	97,3	83,5	83,5	96,9	56,6	44,6	56,6	168,4	45,9	134,7		
	D	6 090	100,9	104,6	85,8	97,5	97,5	85,7	85,7	98,8	56,8	44,6	56,8	168,4	45,9	134,7		
2004	J		100,9	104,2	84,7	97,9		81,6		99,8	58,4	45,2						
	F																	
	M																	
	A																	
	M																	
	J																	
	J																	
	A																	
	S																	
	O																	
	N																	
	D																	

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

² Außerdem arbeitsmäßig bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.